

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügg, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Vell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 11

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Gerd und Scholle“

Halver
Mittwoch, den 14. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, Ertelgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1925

Heute die Beilage:

„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In der Frage der Reichskabinettsbildung wurde bis Montag kein wesentlicher Fortschritt erzielt. Es wird jetzt wieder an eine überparteiliche Regierung gedacht.
- * Der Deutsche Reichstag ist für Mittwoch, 14. Januar, zu einer Sitzung einberufen.
- * Große Protestversammlungen gegen die Nichträumung der Röhre Zone fanden in Köln und an anderen Orten statt.
- * Die in Paris versammelten Finanzminister der Alliierten kamen zu einer Einigung über die Verteilung der Reparations-einfüsse aus Deutschland.
- * Der amerikanische Staatssekretär Hughes tritt zurück und wird durch den bisherigen Vizepräsidenten in Paris Kelllogg ersetzt. Man vermutet grundlegende Umstellung in der amerikanischen Außenpolitik.

Unsere handelspolitischen Waffen.

Mit Italien haben wir nun, nach dem 10. Januar, an dem Deutschland formell seine handelspolitische Freiheit zurückerhielt, ein handelspolitisches Provisorium, ebenso wie darüber mit England verhandelt, was schon im Handelsvertrag vorgesehen war. Dieser Handelsvertrag selbst ist noch nicht ratifiziert durch die beiderseitigen Volksvertretungen; aber es ist immerhin ein vertragsmäßiger Zustand vorhanden. Auch mit Belgien ist soeben ein solches handelspolitisches Provisorium getroffen worden, so daß ein vertragsloser Zustand zurzeit nur Frankreich gegenüber besteht.

Selbst wenn man von der rein politischen Konstellation (Ruhr- und Rheinbesetzung) abliest, so ist unsere Rüstung für einen Zollkrieg mit Frankreich keineswegs sehr stark. Gewiß haben wir manches Gewichtige in die Waagschale zu werfen, wie z. B. den rheinisch-westfälischen Kohlebergbau, der für die französische Eisenerzverhüttung von hoher Bedeutung ist. Gewiß können wir andererseits durch Verweigerung der Annahme des französischen Erzes der französischen Schwerindustrie manche Schwierigkeiten bereiten. Aber auch diese Rüstung deckt uns nicht voll. Denn bekanntlich sind wir durch den Daves-Plan zu Sachlieferungen an die Entente verpflichtet. Es sind bei den Verhandlungen darüber Vereinbarungen getroffen worden, die uns eine Brennstoff(Kohlen- und Koks)-Lieferung von nicht weniger als 500 Millionen Mark auferlegen. Hier hat unsere Rüstung also ein gewaltiges Loch, das wir nicht abstellen können, ohne uns den überkommenen und als solche oft betonten Verpflichtungen zu entziehen — selbst wenn von der Gegenseite ihre Verpflichtungen gar nicht eingehalten werden.

Außerdem hat sich die französische Schwerindustrie für die Zeit nach dem 10. Januar auch dadurch recht eifrig gerüstet: man hat nämlich, besonders in Süddeutschland, große französische Konfigurationslager für namentlich „elsaß-lothringische“ — mit und ohne Anführungsstriche — Industrieerzeugnisse aufgeschichtet und einen dauernden Nachschub organisiert, um auch nach dem 10. Januar weiter konfiszieren zu können trotz eines etwaigen Zollkrieges. Dabei ist die wirtschaftliche Lage Frankreichs ausgezeichnet. Hatten wir im Jahre 1924 allein schon bei der Handelsbilanz einen Einfuhrüberschuß von rund 3 Milliarden Goldmark, so steht dem ein französischer Ausfuhrüberschuß von etwa 1,5 Milliarden Mark gegenüber. Die Zahlungsbilanz mag dieses Aktivsaldo der Handelsbilanz vielleicht beseitigen; denn Frankreich hat auch erhebliche ausländische Kredite aufgenommen, deren Zinsen ins Ausland wandern. Aber von den Kriegsschäden hat sich Frankreich so gut wie ganz erholt, teilweise ist dort die Vorkriegsproduktion schon überschritten, weil die neu aufgebaute Industrie, in den zerstörten Gebieten naturgemäß ganz modern eingerichtet ist. Dazu kommt der schwerwiegende Zuwachs der elsassisch-lothringisch-saarländischen Industrie.

In Deutschland geht es desto schlechter. Die schwere Belastung unserer Handelsbilanz mit der Rohstoffeinfuhr läßt sich ja nur zum Teil beheben, weil uns ja große Teile unserer Rohstoffgebiete entzogen worden sind, was nicht nur für die industriellen, sondern auch nicht minder für die landwirtschaftlichen Gebiete gilt. Durch Erhöhung der Eigenproduktion läßt sich manches tun, aber längst nicht alles. Mehr aber sicherlich als durch die schon allmählich zum Schlagwort werdende „Forcierung der Ausfuhr“, denn diese „Forcierung“ hängt ja nicht bloß von dem Angebot, sondern ebenso von der Nachfrage ab. Und die ist gerade auf dem Gebiet der Eisenindustrie, die früher unseren stärksten Ausfuhrposten darstellte, wegen Überangebots ganz außerordentlich zurückgegangen — ganz abgesehen noch von den handelspolitischen Hemmnissen, die man der Einfuhr deutscher Waren in stets wachsendem Maße — ganz besonders in Frankreich im neuen Zolltarif — entgegenstellt. Jede „Forcierung“ der Ausfuhr — selbst wenn sie möglich wäre angesichts des Überangebots auf dem Weltmarkt, das schon vorhanden ist — zwingt uns aber bei unserer gänzlich ungenügenden Rohstoffunterlage auch zu einer Steigerung der Rohstoffeinfuhr. Gewiß ist diese zum großen Teil rein kreditmäßig gedeckt; aber diese ausländischen Kredite sind für Deutschland nur kurzfristig und zu hohen Zinsen zu haben, was man angesichts der jetzt wieder so ungünstigen politischen Lage Deutschlands dem ausländischen Geldgeber eigentlich gar nicht so sehr verdenken kann, die Produktionskosten der deutschen Wirtschaft aber naturgemäß stark belastet.

Was alles dann in diesem engen Rahmen nur angedeutet werden — worauf es ankommt, ist die Erkenntnis, daß ein Zollkrieg mit Frankreich für uns ein sehr gefährliches Unternehmen ist, weil unsere Industrie einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf mit Anwendung etwa des Mittels der Unterbietung gar nicht wagen kann, — weil sie es einfach nicht lange auszuhalten imstande ist. Jedenfalls nicht solange als die französische. Frankreich selbst — und das ist uns ein Trost — kommt für uns als industrieller Absatzgebiet nur wenig in Frage, da es sich durch den Krieg wirtschaftlich aus einem Land mit stärkerem agrarischen Charakter zu einem Industriestaat entwickelt hat, seinen Bedarf an Industrieprodukten jetzt zum allergrößten Teil selbst deckt, nach vielen Beziehungen hin darum schon auf die Ausfuhr nach Bedarfsländern, wie es Deutschland z. B. für Eisenerz ist, in stets wachsendem Maße angewiesen erscheint. Also hat man auch jenseits des Rheins das Bedürfnis nach einer Verständigung, bloß — man zeigt sie nicht. Fühlt sich am allerwenigsten zu einem Nachgeben bewogen aus irgendwelchen politischen Annäherungswünschen heraus, was die schwebenden Verhandlungen in Paris zur Genüge gezeigt haben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Abgeordnete als Aufsichtsratsmitglieder.

Der Reichsausschuß der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei hat die Fraktion des Zentrums ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitglieder, soweit sie nicht berufsmäßig durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit berechtigte Veranlassung haben, den Eintritt in Aufsichtsräte und ähnliche Organe von Gewerkschaften nicht ohne jeweilige Verständigung mit der Fraktionsleitung vollziehen.

Schadenersatz für beschlagnahmte deutsche Schiffe.

Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes sich bereit erklärt hat, für die deutschen Handelschiffe, die bei Ausbruch des Krieges in amerikanischen Gewässern beschlagnahmt wurden, Schadenersatz zu zahlen. Bekanntlich befindet sich unter diesen Schiffen auch der Dampfer „Waterland“, der jetzt den Namen „Leviathan“ trägt.

Einspruch gegen Enteignungen durch Polen.

Amlich wird mitgeteilt: In der polnischen Presse sind in der letzten Zeit Nachrichten des Inhaltes erschienen, daß die polnische Regierung von dem ihr nach dem Genfer Abkommen über Oberschlesien zustehenden Recht der Enteignung deutschen Grundbesitzes Gebrauch zu machen beabsichtigt. Es erscheint daher angebracht, darauf hinzuweisen, daß ein Einspruchrecht gegen die Enteignung besteht, wenn die Voraussetzung der deutschen Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen nicht zutrifft oder wenn die betroffene Gesellschaft nicht von deutschen Reichsangehörigen kontrolliert wird. Ein derartiger Einspruch muß aber innerhalb eines Monats, von der Notifikation ab, bei dem Gemischten Deutsch-Polnischen Schiedsgerichtshof eingebracht werden. Interessenten ist daher zu raten, sich sofort an die deutsche Staatsvertretung beim Gemischten Deutsch-Polnischen Schiedsgericht, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 1—3, zu wenden.

Bayerisches Konfordat vor dem Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem Konfordat beschäftigt. Die Interpellation besagt, daß sowohl das Konfordat als auch die Verträge mit den evangelischen Kirchen, wie sie die bayerische Regierung dem Landtage vorgelegt hat, in mehrfacher Hinsicht die Reichsverfassung verletzen, und fragt an, was die Reichsregierung zum Schutz der Reichsverfassung zu tun gedenke.

Steuerverteilung an preussische Gemeinden.

Der Minister des Innern gibt folgende Steuerverteilungen bekannt: a) Einkommensteuer (Abschlag für Januar) auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 1,20, Landkreise 0,19, Provinzen 0,10 Reichspfennig. b) Dotationen (Abschlag für Januar). Gesamtbetrag 800 000 Reichsmark.

Der Ebert-Prozess vor dem Preussischen Landtag.

Die Demokraten haben im Preussischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der behauptet wird, daß nach Bekundung durch angesehene Persönlichkeiten der als Gerichtsvorstand in Verleumdungsprozess des Reichspräsidenten bekanntgewordene Landgerichtsdirektor Beversdorf in Magdeburg wiederholt Äußerungen habe fallen lassen wie „Der einzig mögliche Reichspräsident ist Lubendorff!“, und mit deutlichem Hinweis auf den Reichspräsidenten: „Der Sattlergeselle muß dort oben verschwinden!“ Diese und ähnliche Äußerungen des Landgerichtsdirektors Beversdorf seien im Justizministerium bekannt gewesen, als Beversdorf zum Landgerichtsdirektor befördert wurde.

Polen.

Der Konflikt mit Danzig beigelegt. Im Ministerrat, der den Danziger Konflikt behandelte, erklärten Vizepremierminister Thugutt und Außenminister Strzyński Pressevertretern, daß die Regierung den Konflikt wegen der Postlästen durch die letzte Danziger Note für beigelegt halte und in dieser Note ausreichende Genugtuung sehe. Die grundsätzliche Frage polnisch-postalischer Rechte in Danzig unterläge der Entscheidung des Völkerbundkommissars und evtl. später des Völkerbundes.

Zurück zur Überparteilichkeit.

n. Berlin, 12. Januar.

Der Plan eines „überparteilichen“ Kabinetts, einer Regierung, den man mit dem Hervortreten Dr. Luthers als Nachfolger von Marx begraben glaubte, ist aus der Versenkung wieder emporgetaucht. Und das ging so zu. Nach ziemlich ergebnislosen Verhandlungen am Sonnabend endete eine Sonntag abgehaltene Besprechung der Zentrumsvertreter mit folgendem Beschluß: „Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorliegenden Kabinett zu beteiligen.“ Das richtete sich offenbar gegen die von Dr. Luther in Vorschlag gebrachten Persönlichkeiten, die auf Grund von Fraktionszugehörigkeiten ausgewählt waren. Damit war der Versuch Luthers, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, also gescheitert. Und es blieb kein anderer Weg, als wieder auf die überparteiliche Idee zurückzugreifen. Für die Stellung des Zentrums sollen einige Anfragen mitemittelt werden, welche die Fraktion an die Deutschnationalen oder auch an Dr. Luther gerichtet habe. Diese Fragen sollen sich dahin wiedergeben lassen, daß das Zentrum verlangt: Festhaltung der Richtlinien des Kabinetts Marx in der Außenpolitik, genaue Einhaltung der bestehenden Verfassung, Respektierung der Farben Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarbe und des im Amt befindlichen Reichspräsidenten. Bei der Beantwortung dieser Fragen hätten sich Unstimmigkeiten ergeben, die das Zentrum zu seiner Ablehnung gegenüber Luther brachten. Dieser nahm in einer Unterhaltung mit dem sozialdemokratischen Führer Müller-Franken Anlaß, zu erklären, er beabsichtige nicht die Schaffung einer Kampfregerung gegen die Sozialdemokratie. Müller-Franken deutete an, die Sozialdemokratie werde gegebenenfalls nicht vor den schärfsten Maßnahmen bei der Abwehr einer Rechtsregierung zurückschrecken. Für die Deutschnationalen bleibt nach wie vor laut parteiöffentlicher Stimme einer der wichtigsten Punkte die Gleichheit im Reich und in Preußen. Es heißt: „Es wäre für die Deutschnationalen nicht tragbar, wenn etwa in Preußen als eventuelles Gegengewicht gegen das Kabinett im Reich eine Regierung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildet würde.“

Dr. Luther hat, wie gesagt, den schon von Marx betretenen Weg zum „überparteilichen“ Kabinett eingeschlagen und heute darüber nach den verschiedensten Richtungen hin verhandelt, obwohl er den direkten Auftrag zur Regierungsbildung auch jetzt noch nicht angenommen hat. Wann sich endlich aus dem Durcheinanderbrodeln der Kräfte und Meinungen ein erträgliches Gebilde gestalten wird, weiß der Himmel.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Marx bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete betraut, die bisher der vom Amt entbundene Postminister Höfle versah.

Reichstagsfraktion Mittwoch.

Der Reichstag, der anfänglich Dienstag schon tagen sollte, ist auf Mittwoch, 14. Januar, einberufen. Auf die Tagesordnung hat der Präsident vorläufig Anträge aus dem Hause gestellt, nämlich einige schnelle Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, einen Antrag v. Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) auf Änderung der Geschäftsordnung in bezug auf die kleinen Anträge, einen Antrag Schilling (Demokrat) auf Wiedereinführung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

China.

Neuer Staatsstreich. Nach den letzten Meldungen hat Chi-Hien-yuan den von Peking ernannten Ministergouverneur Chang-Yun-Ming vertrieben und von der Stadt Schanghai Besitz ergriffen. Der Staatsstreich sei deshalb ausgeführt worden, um Schanghai gegen Lu-Yung-Hsiang zu halten, der, nachdem seine Macht durch den Sieg Tschang-Tso-Lins über Wu-Bei-Tzu wiederhergestellt wurde, Manjing besetzt habe. Man nimmt an, daß Lu-Yung-Hsiang versuchen werde, seine alte Provinz Tschang wiederzuerhalten und Sun-Chuan-Sang zu vertreiben. — Der Kampf der verschiedenen Generale und Gouverneure untereinander geht also weiter.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte vorgelegt.

Wien. Der kommunistische reichsdeutsche Abgeordnete Klag wurde gegen 50 Millionen Kaution, die die kommunistische Reichstagsfraktion stellte, aus der Haft entlassen. Er mußte eine Erklärung abgeben, daß er bis zur Verhandlung seines Prozesses in Wien bleiben werde.

Belgrad. Eine besondere Ausgabe des „Srbai“ bringt die Nachricht, daß der Gerichtsenat von Agram das Verfahren gegen die kroatische republikanische Bauernpartei und ihre Führer, unter denen sich der verhaftete Raditsch befindet, als gesetzlich unbegründet eingestellt hat.

Kairo. Abdel Rahman Bey Rahmy, der im Jahre 1921 die „Mache-Gesellschaft“ organisierte und der nach der Ermordung des Sidar verhaftet worden war, ist wegen Mordanschlags an Beweisen freigelassen worden.

Berlins Protest um Köln.

Berlin, 12. Januar.

Eine große Kundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone veranstaltete gestern in der Aula der hiesigen Universität der Arbeitsausschuß.

Anglo-Deutscher Verbände. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Rheinländer Dr. Kaufmann, der darauf hinwies, daß eine Welle der Entrüstung über den neuesten Vertragsbruch der alliierten Mächte durch ganz Deutschland gehe, sprachen der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Schnee, der Universitätsprofessor Dr. Dehmann und die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Wende. In allen Reden kam die namenlose Enttäuschung Deutschlands über den kaum noch verschleierte Rechtsbruch der Entente, den einer der Redner als moralischen Frevel bezeichnete, zum Ausdruck. Einstimmig wurde schließlich eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Entschliebung angenommen.

Nach der Rundgebung empfing der Reichspräsident eine Abordnung der Verbände, um eine Protesterklärung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone entgegenzunehmen. Der Reichspräsident betonte in seiner Antwort, daß das Vertrauen in die Loyalität unserer Vertragspartner verlorengehen müsse, wenn sie die Vertragsbedingungen nicht achteten.

Köln darf protestieren.

Köln, 12. Januar.

Die Besatzungsbehörden haben sich im letzten Augenblick doch noch eines andern besonnen und die von den politischen Parteien geplanten Rundgebungen gegen die Verlängerung der Besetzung gestillt, mit der Einschränkung jedoch, daß eine einheitliche Versammlung nicht stattfinden dürfe. So mußte denn jede Partei gefondert protestieren. Die Entschließungen, die in den Versammlungen einstimmig angenommen wurden, brachten allesamt die Entrüstung des betroffenen Deutschlands und sein Mißtrauen gegen die weiteren Schritte der Ententemächte zum Ausdruck. Der Redner der Deutschnationalen war Dr. von Dröbner, für die Deutsche Volkspartei sprach Prof. Wolfenbauer, für das Zentrum Redakteur Hornbach von der Kölnischen Volkszeitung, für die Demokraten Abgeordneter Ziegler und Justizrat Falk, für die Sozialdemokratie der Kölner Beigeordnete Dr. Meerfeld, für die Wirtschaftspartei der Landtagsabgeordnete D. Klamt. Eine Protestversammlung, an der sich sämtliche politische Parteien beteiligten und die von über 4000 Personen besucht war, fand in München-Gladbach statt.

Es sei noch bemerkt, daß infolge der Nichträumung Kölns das große Deutsche Pressefest am Rhein, das am 17. Januar stattfinden sollte, bis auf weiteres verschoben worden ist.

Finanzkompromiß in Paris.

Um Deutschlands Leistungen.

Bei der Beratung der Finanzminister der alliierten Staaten in Paris wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Diese stellt im wesentlichen fest: Die Kostenaufstellung der Sachverständigen der Länder ist als gültig anerkannt worden vorbehaltlich der Gutheißung durch die Reparationskommission. Danach sollen die militärischen Besatzungskosten des Ruhrkampfes aus den Dawes-Einnahmen gedeckt werden. Auf Grund der Verständigung über die Verrechnung der Ruhrerträge wird der Restbetrag der belgischen Priorität auf 120 Millionen Goldmark festgesetzt. Belgien wird auch weiterhin bis zur Zahlung mit 8 % an den deutschen Zahlungen beteiligt bleiben. Der Prozentsatz wird dann fortwährend ermäßigt und zum Schluß der zweiten Jahresleistung auf die Hälfte herabgesetzt. Die übrigen 4 % werden den anderen Verbündeten zugute kommen. Die Besatzungskosten werden einschließlich der „Leistungen“ (Eisenbahntransporte), die Deutschland bis zum 1. September unentgeltlich entrichtete, auf 160 Millionen Goldmark ermäßigt. Die amerikanische Forderung nach Rückerstattung der Besatzungskosten im Rheinland war von sämtlichen Verbündeten anerkannt worden. Frankreich und Belgien haben auch den amerikanischen Reparationsansprüchen zugestimmt, gegen die nur England Einspruch erhob. Churchill hat nun die Einwendungen der englischen Regierung zurückgezogen. Die Rückerstattung der Besatzungskosten in Höhe von 250 Millionen Dollar erfolgt in 24 Jahresleistungen, statt wie bisher angenommen in 12.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Vorchart.

70)

(Nachdruck verboten)

„Man wird es uns nicht glauben, daß wir uns erst heute gefunden haben, daß du erst heute von meinem wahren Stand und Namen erfahren hast. Aber laß es dich nicht anstecken. Was kümmert uns die übrige Welt? Wir schaffen uns eine eigene und sind glücklich darin. Eine kleine Konzeption müssen wir ihnen allerdings machen. Ich werde heute noch Gerolstein verlassen unter irgendeinem Vorwande und mich zu Justizrat Braun nach A. begeben, um mit ihm über das weitere zu beraten, was wir zunächst zu tun haben. Es drängt mich zwar, Aribert schon heute aufzusuchen, aber da ich ihm augenblicklich noch keine Belege für die Identität meiner Person mit seinem Vetter Rüdiger unterbreiten kann, würde er mich wahrscheinlich als Betrüger oder einen vom Größenwahn Befallenen ausweisen. Darum will ich die Angelegenheit vorher ordnen, mich durch einige frühere Bekannte legitimieren lassen, und mich dann auch Ariberts Zeugen gegenüberstellen, damit kein Zweifel mehr in ihm aufkommen kann.“

„Weißt du, welche — Zeugen Aribert herbeordern will zur Ankunft seines Veters, der er ja bereits erwartet?“ fragte Waltraut ein wenig zagend.

„Nein, mein Lieb“, erwiderte Rüdiger. „Es ist mir auch gleichgültig, aber meinst du nicht?“

„Rüdiger er will den — Fürsten Alexander bitten.“

„Den Fürsten?“ fragte Rüdiger ein wenig befremdet, und sah Waltraut forschend an. Sie errötete unter seinem Blick und senkte den ihren. Da nahm er ihre Hand in die seine.

„Was glaubst du, mein Lieb? Ich sehe dir an, daß Günter dich in eine Geschichte, die mir einmal sehr nahe ging, eingeweiht hat. Ich zürne ihm darum nicht, denn dir soll nichts in meiner Seele verborgen bleiben. Darum bekenne ich dir hiermit offen: Ja, ich habe die Fürstin einst geliebt, aber es war nur die Flamme der Leidenschaft in einem heißblütigen Jüngling, die ihn freilich zu Torheiten geführt haben würde, wenn der Freund nicht rettend einaebsrunen wäre.“

Englisch-amerikanische Annäherung.

Der Dawes-Plan für alle Staaten?

Der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs Hughes und sein Ersatz durch den Botschafter Kellogg in London wird vielfach als Beginn einer grundsätzlichen Umstellung der amerikanischen Außenpolitik angesehen. In der Hauptsache soll es sich um eine merkliche englisch-amerikanische Annäherung handeln. Die Ideen Hughes, die sich gegen Beteiligung Amerikas an der Europapolitik, gegen Japan und Sowjetrußland richteten, könnten nicht aufrechterhalten bleiben. Das Bündnis mit England sei notwendig, um Japan in Schach zu halten, die dauernde Weigerung, die Sowjetrepublik anzuerkennen, sei unhaltbar. Ferner wünschten Amerika und England für den finanziellen Aufbau Europas die Anwendung der Grundsätze des Dawes-Planes auf alle Staaten, deren Währung bedroht erscheint. Man wünscht eine Rückkehr Europas zur ehrlichen Geldwirtschaft, deren Fehlen Amerika bisher an der Verwertung seines Goldüberschusses gehindert hat.

Als Nachfolger des abberufenen Londoner Botschafters Kellogg ist der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin Houghton in Aussicht genommen.

Um die badischen Beamtengehälter.

Leipzig, 12. Januar.

Die badische Regierung hatte nach einer Verordnung vom 12. Dez. 1924 den Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 eine Zulage zu den Grundgehältern von 20 % bewilligt, wogegen die Reichsbeamten durch Verordnung des Reichsfinanzministers nur 12 1/2 % erhalten. Der Reichsfinanzminister hatte dagegen Einspruch erhoben und das Reichsfinanzgericht hat nun in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Einspruch für begründet zu erklären.

Die letzten Ernteergebnisse in Preußen.

Statistische Feststellungen.

Nach den jetzt abgeschlossenen statistischen Ermittlungen stellen sich die Ernteergebnisse für die wichtigsten Fruchtarten in Preußen im Jahre 1924 gegenüber den Jahren 1923 und 1913 in Doppelzentnern wie folgt: Winterweizen 12 826 213 gegen 15 355 608 und 22 226 875, Sommerweizen 2 248 812 gegen 2 670 429 und 3 424 935, Winterroggen 42 556 332 gegen 50 788 836 und 72 940 308, Sommerroggen 994 315 gegen 572 088 und 622 003, Wintergerste 1 464 321 gegen 1 640 280 und 751 247, Sommergerste 12 973 006 gegen 11 422 437 und 15 787 714, Hafer 40 268 416 gegen 42 959 115 und 56 804 374, Kartoffeln 257 593 297 gegen 232 071 537 und 304 906 518, Zuckerrüben 79 797 658 gegen 68 240 100 und 104 420 550, Aunkelrüben 126 321 939 gegen 127 179 575 und 126 568 339.

Kraftgeräte für landwirtschaftliche Betriebe

Günstige Kreditbedingungen.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit, daß im Interesse der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die „Motorisierung“ der landwirtschaftlichen Betriebe, d. h. die Verwendung von brauchbaren Feldkraftgeräten eine immer dringlichere Forderung wird. Die deutsche Kraftflugindustrie habe ihre Kraftgeräte mehr und mehr verbilligt, und das Ministerium wolle die Bereitstellung billiger Kredite in die Wege leiten, um den Landwirten die Erwerbung von Selbstkraftgeräten leichter zu machen.

Bestellungen und Anfragen sind nur an die Lieferfirmen, nicht an das Ministerium zu richten. Einzelheiten über die Lieferbedingungen sind durch die Spitzenverbände der Landwirtschaft, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Genossenschaften und die Verbände des Landmaschinenhandels zu erfahren.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 14. Januar 1925.

□ Falsches Geld. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß sich falsche Rentenmarktscheine zu 10 Mark im Verkehr befinden. Die Scheine sind bei genauerer Prüfung als gefälschte zu erkennen. Die Deutsche Rentenbank hat auf

Vernahme der Fälscher und die Beschlagnahme der Druckplatte eine Belohnung bis zu 1000 Rentenmark ausgesetzt. Es empfiehlt sich deshalb besondere Aufmerksamkeit. Ist man im Zweifel, ob ein Schein echt oder falsch ist, empfiehlt es sich in jedem Falle, die Polizei zu rufen.

□ Neufestsetzung der Offizierspensionen. Der Deutsche Offizierbund teilt mit, daß auf Grund des von ihm erfolgreich durchgeführten Rechtsstreites, wonach den Offizieren der alten Wehrmacht, die mit einer höheren Dienststelle beliehen waren, nicht die Pension des Dienstgrades, sondern die der betreffenden höheren Dienststellen zusteht, die Reichsregierung eine Neufestsetzung aller in Frage kommenden Pensions- und Hinterbliebenenbezüge angeordnet hat. Es bedarf somit seitens der betreffenden Pensionäre oder Witwen keines besonderen Antrages an das Versorgungsamt.

+ Salver, 13. Jan. Für die Wahl der kirchlichen Gemeinde-Vertretung (Repräsentanten) ist nur ein Wahlvorschlagn eingegangen, sodaß die angekündigte Wahl am 25. Januar ausfällt.

* Rierspe, 13. Jan. Bevölkerungsbewegung. Nach der Personenaufnahme waren im Amt Rierspe 6279 Personen wohnhaft. Die Zahl verteilt sich auf die Gemeinde Rierspe mit 5561 und Gemeinde Rönshaus mit 718 Einwohner.

Salpe, 12. Jan. Pensionierung des Hasper Bürgermeisters. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß heute in stundenlangem Aussprache erneut mit dem Pensionsgesuch des Bürgermeisters Dr. Appel. Man machte ihn für das Spartaßenunglück verantwortlich und hatte Einleitung des Disziplinarverfahrens gefordert. Die Regierung lehnt dies Verlangen ab. Der Bürgermeister habe es zwar wiederholt an der nötigen Sorgfalt und Aufsicht bei Erledigung seiner Dienstgeschäfte fehlen lassen, sein Verhalten sei aber nicht so pflichtwidrig, daß es mit Entfernung aus dem Amte geführt werden müsse. Rechtsmittel gegen diesen Bescheid gibt es nicht. Das Verlangen der Rechten, der Bescheidweg zu beschreiten, wurde abgelehnt, da nach juristischer Darlegung keine Aussicht auf Erfolg besteht, weil es sich um eine reine Ermessensfrage handelt. Es wurde dann mit 16 Stimmen der Linken gegen 14 Stimmen der Rechten dem Vorschlage der Verwaltung entsprechend beschlossen, das Pensionsgesuch zum 1. Februar zu genehmigen. Auf Grund früher gefasster Beschlüsse sind dem jetzt 38 Jahre alten Bürgermeister 23 Dienstjahre (!) anzurechnen. Schadenersatzansprüche aus der Spartaßenangelegenheit bleiben vorbehalten. Beschlüssen wurde noch die Veranstaltung einer Gasaussstellung und Verbewoche, sowie zweigleisiger Ausbau der Straßenbahn.

Schwelm, 12. Jan. Ein 35 jähriger gut gekleideter Gauner treibt in hiesiger Gegend sein Unwesen. Er schwandelte einem zehnjährigen Mädchen das 50 Mark Rente von der Post geholt, das Geld ab, gab ihm einen Scheck, worauf es 150 Mark auf dem Rathaus erhalten sollte. In Godelsberg schwandte er einem achtjährigen Jungen einen Betrag von ebenfalls 50 Mark ab, den der Knabe im Auftrag seines Vaters von der Spartaße abgehoben hatte. Der Junge erhielt von dem Gauner eine wertlose Quittung. Wie man vermutet, wohnt dieser geriebene Betrüger im Ennepetal.

Nachrodt, 12. Jan. Für den Bruder ins Gefängnis. Weil der Arbeiter Ludwig D. von hier arbeitslos war, sein Bruder Ernst aber Arbeit hatte, wollte Ludwig für seinen Bruder eine viermonatige Gefängnisstrafe im Hagener Gerichtsgefängnis verbüßen. Er gab sich als Ernst D. aus und bewirkte durch seine falschen Angaben unrichtige Eintragungen in das Gefangenennachbuch. Nachdem er einen Teil der Strafe verbüßt hatte wurde der Betrug aufgedeckt. Beide Brüder wurden wegen intellektueller Urkundenfälschung bezw. wegen Anstiftung dazu zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Barmen, 13. Jan. Aus Sibirien kehrte der ehemalige Kriegsgefangene H. Wöhrtz zu seinen hier in der Carnapertstraße wohnenden Eltern zurück. 5 1/2 Jahre dauerte seine Gefangenschaft, dann gelang ihm die Flucht und damit die Heimkehr ins Vaterland.

Herzen ihrer Herrschaft schwellten.

Die junge Gräfin zeigte sich wie immer zurückhaltend, freundlich und gut. Daß sie viel allein in ihrem Zimmer saß oder einsame Spaziergänge in Park und Wald machte, war man schon seit langem an ihr gewöhnt.

Nur ein scharfer Beobachter, der auch ihrem Herzen nahe stand, hätte wohl das stille Leuchten in ihren Augen bemerkt oder das leichte Aufzucken, wenn der Diener ihr die Postkassen brachte.

Täglich kam ein Brief von dem geliebten Mann, der sie nicht nur auf dem Laufenden über seine Erbschaftsangelegenheit hielt, sondern ihr seine ganze treue Liebe, ohne daß er sie in vielen Worten zum Ausdruck brachte, zeigte. Im Bewußtsein dieser Liebe sah sie der Zukunft mit dem unvermeidlichen Konflikt weniger bangend entgegen. Was sich ihre Phantasie auch an Schrecken ausmalte, es schwand vor dieser leuchtenden Sonne.

Auch die Knaben befanden sich in erhöhter Stimmung und fingen allmählich an, das schier Unbegreifliche zu begreifen. Da hatte der Freund ihres Vaters, der Graf Stolzenau, monatelang unter ihnen gelebt als einfacher Erziehler, und wenn Eberhard alles dessen gedachte, womit er diesen Mann gequält, und gekränkt hatte, so stieg ihm das Schamrot in die Wangen und festigte zugleich seine Vorsätze für die Zukunft. Es schwebte außerdem etwas in der Luft, etwas für sein junges Leben Einschneidendes, Bedenkliches. Er war sich dessen voll bewußt und hütete den kleinen Bruder zu früh verriet, was nach Graf Rüdigers Wunsch noch geheim bleiben sollte.

Einige Tage nach der Abreise des Hauslehrers von Gerolstein traf wiederum ein Brief des Justizrats Braun von Stolzenau ein. Er teilte mit, daß Graf Rüdiger von Stolzenau sich ihm persönlich vorgestellt, und daß mehrere glaubhafte Zeugen, die eigens zu dem Zweck nach A. . . gekommen waren, seine Person identifiziert hätten, und daß er selbst keinen Zweifel mehr hege, den Majoratsserben von Stolzenau vor sich zu haben.

(Fortsetzung folgt)

Kleine Nachrichten.

Großes Eisenbahnunglück bei Herne.

Herne, 13. Jan. Heute morgen 7,20 Uhr fuhr der D-Zug 10 auf den im Bahnhof Herne haltenden vollbesetzten Personenzug 230 auf. Es herrschte dichter Nebel und tiefe Dunkelheit. Getötet wurden 21 Personen, während 30 bis 35 teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Die Rettungsarbeiten haben sofort begonnen. Wie mitgeteilt wird, ist das Unglück wahrscheinlich dadurch entstanden, daß der Lokführer des D-Zuges das auf Halt stehende Einfahrtssignal infolge des Nebels und der Dunkelheit übersehen hat. Der Präsident der Eisenbahndirektion sowie alle für den Betrieb verantwortliche Beamten sind zur Stelle.

Stillsand in den deutsch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 12. Januar. Wie man erfährt, ruhen die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen zurzeit vollständig. Da es Deutschland nicht möglich ist, einen Handelsvertrag mit Japan abzuschließen, wenn die jetzigen Einfuhrbestimmungen für deutsche Farbstoffe in Japan bestehen bleiben, hat die japanische Delegation bei der Regierung in Tokio telegraphisch um weitere Instruktionen gebeten.

Deutsche Verkehrsaußstellung München 1925.

Berlin, 12. Januar. Der Verband Deutscher Luftfahrzeugindustrieller teilt mit: Auf Grund einer Vereinbarung mit der Geschäftsleitung der Ausstellung hat der Verband Deutscher Luftfahrzeugindustrieller e. V. den für die Abstellung Luftverkehr zur Verfügung gestellten Raum für eine Sammelaußstellung der deutschen Luftfahrzeugindustrie gepachtet und den Aufbau dieser Abteilung übernommen. Anmeldungen zu dieser Sammelaußstellung werden noch bis zum 10. Februar dieses Jahres angenommen.

Der gewerkschaftliche Gedanke in der Beamtenbewegung.

Berlin, 12. Januar. Auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erstattete der Bundesvorsitzende Falkenberg den Geschäftsbericht. Er sagte, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund grundsätzlich den gewerkschaftlichen Gedanken in der Beamtenbewegung betonen wolle. Zurzeit gehören dem Bund 21 Verbände an. Als Nachwirkung des Personalabbaus verzeichnet der Geschäftsbericht einen Mitglieder-rückgang.

Hamburger Beschlüsse über Aufwertung.

Hamburg, 12. Januar. Die Finanzdeputation erklärte auf eine Anfrage, daß ihrer Überzeugung nach eine Aufwertung aller Anleihen nur übereinstimmend von sämtlichen Ländern und Gemeinden vorgenommen werden könne, da auch sämtliche Reparationslasten gemeinsam und in gleicher Höhe getragen werden müßten, und daß es sich nur um eine Berücksichtigung der alten Anleihezeichner handeln könne.

Der neue Bischof von Schleswig.

Dresden, 12. Januar. Die erste ordentliche Landesynode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Schleswig-Holstein hat, nachdem Professor Dr. Mendtsoff-Leipzig die auf ihn gefallene Wahl nicht hat annehmen können, Prof. Bötel in Spehøe zum Bischof von Schleswig gewählt.

Der kommende Auer-Prozess.

München, 12. Januar. Wie man erfährt, hat in dem am 26. Januar beginnenden großen Prozess des Abgeordneten Auer die Verteidigung der Rechtsanwalt Karl Liebknecht, Berlin, übernommen. An hervorragenden Zeugen sind u. a. geladen: der frühere Kriegsminister von Helldorff, Staatsminister a. D. Brettreich, Universitätsprofessor Dr. Doeberl, Chefredakteur Osterhuber vom Bayerischen Kurier, Graf Arco usw.

Polnisch-russischer Eisenbahntongress.

Warschau, 12. Januar. Zur Ausführung der kürzlich in Warschau ratifizierten polnisch-russischen Eisenbahnverträge trat in Warschau eine polnisch-russische Konferenz zur Regelung des Eisenbahngrenzverkehrs zusammen.

Englische Station für Flieger in Singapur.

London, 12. Januar. Nach einer Meldung des „Daily Express“ beschließt sich die Regierung gegenwärtig mit der Frage der Schaffung einer bedeutenden Station für Luftfahrzeuge in Singapur.

Reichstagsveröffnung in Schweden.

Stockholm, 12. Januar. Der Reichstag wurde heute vom König eröffnet. In seiner Thronrede führte der König u. a. aus: Die Beziehungen Schwedens zu den fremden Mächten sind gut. Wir leben noch immer unter den Nachwirkungen des Weltkrieges. Für den friedlichen Wiederaufbau und die Völkerverständigung sind im vergangenen Jahre neue und große Leistungen vollbracht worden, aber ein entscheidender Wendepunkt ist nicht erreicht worden. Der Haushaltsplan ist wie in den letzten Jahren unter dem Gesichtspunkt der Sparfahrsamkeit aufgestellt. Neue Steuern oder Steuererhöhungen sind nicht notwendig gewesen.

Vernichtung wertvoller Schriften durch Brand.

Rom, 12. Januar. In der Bibliothek und dem Archiv des Palazzo Apostolico brach ein Feuer aus, dem eine ganze Reihe von Büchern und Pergamenten zum Opfer fiel.

Frankreichs Vorkämpfer bei den Sowjets.

Moskau, 12. Januar. Der französische Vorkämpfer Jean Herbert ist hier eingetroffen und am Bahnhof u. a. von den Vertretern des Volkskommissariats des Äußern empfangen worden. Herbert sprach den Journalisten seine Genugung über den freundschaftlichen Empfang aus und erklärte, er sei glücklich und stolz, als erster französischer Vorkämpfer nach der Sowjetunion gekommen zu sein. Abends wurde Herbert von Tschichowin empfangen. Die Unterhaltung dauerte anderthalb Stunden.

Welt und Wissen.

w. Zeppeline im Dienste wissenschaftlicher Forschungen. Die Sonnenfinsternis vom 24. Januar wird zum erstenmal unter Mitwirkung der „Zenonbeobachtungs- und Los Angeles“ beobachtet werden. Es soll eine Reihe photographischer und Filmaufnahmen gemacht werden, die insbesondere dem Studium der Farben und wechselnden Beleuchtungen der Sonnenscheibe und den atmosphärischen Lichtbeeinflussungen dienen sollen. Gleichzeitig werden Forschungen über die Sichtbarkeit der Fixsterne und Planeten angestellt werden.

w. Ein Rekord im Motorschiffbau. Die außerordentliche Zunahme der Motorschiffe ergibt sich aus einer Statistik der Schiffsbauten des letzten Jahres, die in „Verst. Neuderei, London“ veröffentlicht wird. Danach wurden in Großbritannien und Irland 273 Dampfer mit 1 079 173 Tonnen und 56 Motorschiffe mit 378 670 Tonnen gebaut. Der Prozentsatz der Motor-

schiffe zu der der Dampfer beträgt also 36. Sehr viel bedeutender ist noch die Zunahme in den anderen Schiffsbau-ländern, in denen 243 Dampfer mit 542 396 Tonnen und 120 Motorschiffe mit 552 229 Tonnen gebaut wurden, so daß also die Tonnage der Motorschiffe die der Dampfer übertrifft. Im ganzen Weltschiffbau stehen 516 Dampfer 176 Motorschiffe gegenüber, deren Tonnage 58 % der Dampfschiffstonnage beträgt. Verhältnismäßig die meisten Motorschiffe werden bei uns gebaut, wo die Motorschiffstonnage 279 226 Tonnen gegenüber nur 98 656 Tonnen Dampferstonnage betrug.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 12. Januar. Die immer noch ungeklärte politische Lage machte sich bei der Börse deutlich bemerkbar, namentlich hielt das Publikum mit Kauforders stark zurück und das Geschäft wurde in der Hauptsache von der berufsmäßigen Spekulation bestritten. Trotz des verhältnismäßig geringen Umlanges des Geschäfts war die Tendenz doch ausgesprochen fest. Anregend wirkte auf die Spekulation vor allem die große Flüssigkeit des Geldmarktes. Tagesgeld stellte sich auf 8-12 %, Monatsgeld auf 10-14 %. Besondere Beachtung fanden Automobilwerte auf künftige Goldmarkumstellungen hin. Inländische Anleihen lagen trotz einiger Schwankungen überwiegend fest.

* Die Berliner Devisenbörse vom 12. Januar nennt am 1.1.1. Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,11-20,16; holl. Gulden 169,44-169,86; Danz. 79,80-80,00; franz. Frank 22,50-22,56; belg. 20,99-21,05; schwed. 80,90 bis 81,10; Italien 17,63-17,67; schwed. Krone 113,01 bis 113,29; dän. 74,91-75,09; norweg. 64,12-64,28.

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 12. Januar. Auftrieb 863 Stück Großvieh, (davon 75 dänischer Herkunft) davon 231 Ochsen, 192 Bullen, 395 Färsen und Kühe, 45 Fresser, 2155 Schweine, 495 Kälber, 158 Schafe. Preise für 50 kg Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 58-60, b. 54-56, c. 46-50, d. 34-40. Bullen a. 48-50 b. 40-45, c. 35-38. Färsen u. Kühe a. 56-58, b. 52-54, c. 45-48 d. 34-40 e. 20-30 Jungvieh a. 34-40. 2. Kälber a. gestrichen b. 85-90. c. 80-85, d. 70-75, e. 60-65. 3. Schafe. Weideschafe. a. 30-40, b. 20-30 4. Schweine a. 72-74, b. 70-72, c. 68-70, d. gestr., e. 60-66 f. 60-70. Tendenz des Marktes: In allen Gattungen schleppend. In Großvieh Ueberstand.

Dortmund, 12. Jan. Schlachtviehmarkt. Auftrieb 878 Großvieh, 587 Kälber, 212 Schafe, 2798 Schweine. Bezahlt wurden heute für 100 Pfd. Lebendgewicht (einschl. Unkosten ohne Fracht, Viehhofgebühren, Umschlagsteuer und Händlergewinn). 1. Rinder: a. Ochsen 30-60, b. Bullen 28-54, c. Färsen und Kühe 15-60; 2. Kälber 50-95; 3. Weideschafe 20-45; 4. Schweine 57-70 G.-Mt., Marktverlauf: Kälber mittel, sonst sehr langsam mit großem Ueberstand.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Inventur-Ausverkauf

vom 15.-30. Januar

zu billigen Preisen.

Außerdem gewähre ich während dieser

Zeit auf sämtliche Artikel

10% Rabatt.

Carl Fastenrath, Halver.

Carlshöhe-Halver.

Sonntag, den 18. Januar nachm. 4 Uhr

Sinfonie-Konzert.

Eintritt frei!

Verstärktes Schöningische Salon-Orchester

Nachfolgend

BALL.

Entree für Ball 1.—.

Büuerl. Bezugs- u. Abgab.

Genossenschaft Rierspe-Bhf.

Zur

Frühjahrsbestellung

wird um Angabe des

benötigten Quantums an

Getreide

entgegengenommen.

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide

Getreide



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen gestern Abend 8 Uhr unsere liebe treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter

Ww. Aug. Reimann

Marie geb. Berger

im Alter von 77 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Familie Chr. Reimann.

Schlemme b. Oberbrügge, den 13. Jan 1925.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Januar mittags um 12 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Butterbrotpapier

empfiehlt

Wilhelm Bell jr., Halver.

Danksagung

Für die vielseitigen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgegangenen unserer lieben Entschlafenen entgegengebracht wurden, sagen wir hierdurch Allen recht herzlichen Dank.

Familie Fr. Reininghaus.

Grünenbaum.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Ia. Zigarren, Zigaretten

Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen.

Große Auswahl in

Amboina, Bruchere-

Pfeifen und Muzen

Feuerzeuge u. sonst. Raucherutensilien

Fr. Herm. Bohmer,

Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Der Not der Zeit entsprechend

Liefere ich bei Barzahlung

Damen-Sohlen u. Abzüge v. 2,80 Mk. an

Herren-Sohlen u. Abzüge v. 3,80 Mk. an

bei Verarbeitung von Ia. Kernleder.

Alle anderen Reparaturen, sowie

Neuanfertigung ebenfalls billig.

H. Heinzeroth, Schuhmachermeister

Rierspe-Bhf., Windfuhr.

Junggeselle,

Gutsbesitzer,

sucht ein

älteres Bauernmädchen

als

Haushälterin

zur späteren

Heirat.

— Geld nicht nötig. —

Offerten unter N. 3.

26 an die Geschf. des

Allg. Anz. Halver.

Am Donnerstag, d.

15. Jan. erhalte ich

Kühe

Hugo Rerspe, Halver

Telefon 52.

jüngere Kraft

für unser Büro.

Sichere Stenogramm-

aufnahme und flottes

Maschinensreiben Be-

dingung.

Kettling & Krüger,

Kunststalt

Schalksmühle.

Husten Atemnot

Berchleimung

Schreibe allen Leiden-

den gern umsonst, wo-

mit sich schon viele Tau-

sende von ihren schweren

Lungenleiden selbst be-

freien. Nur Rückmarke

erwünscht.

Walter Althaus

Heiligenstadt

(Eichfeld) H. 45.

Zum sofortigen Eintritt

Arbeiter

für die Fabrik gesucht.

Zu Ostern wird ein

Lehrling

für die Schlosserei sowie

Junge oder

Mädchen

für die Packstube

gesucht.

August Berghaus,

Abtlg. Fabrik,

Oberbrügge.

Wir stellen ein:

Arbeiterinnen

und

jungdl. Arbeiter

für leichte Beschäftigung.

Diezel & Panne,

Carthausen.

Wegen Heirat meines

jetzigen Mädchens suche

ich ein erfahrene zu-

verlässiges

Alleinmädchen

Frau Adolf Berghaus

Oberbrügge.